

Ungerechtigkeit in den neuen Bundesländern überwinden

Ausbau der Eurasischen Landbrücke als Friedenspolitik!

Von Helga Zepp-LaRouche, Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Direktkandidatin für den Bundestag in Berlin-Mitte

Liebe Wähler in den neuen Bundesländern!

Das globale Finanzsystem befindet sich heute an dem gleichen Punkt, wo sich die DDR im Oktober 1989 befand: Es ist hoffnungslos bankrott! Ganz Lateinamerika droht das Schicksal Argentiniens, die Unregierbarkeit, Japan stürzt immer tiefer in die Depression. Der Beginn des Dollarkollaps wirft ein Licht auf die hoffnungslose Verschuldung der USA: Mit 31 Billionen (31 000 Milliarden) Dollar sind die USA das höchstverschuldete Land der Welt. Gefälschte Bilanzen, Insider Trading, Lug und Trug in den Chefetagen der Großunternehmen — das ganze System der Globalisierung ist von einer fundamentalen Vertrauenskrise erschüttert, die Aktienkurse stürzen in den Keller, Panik herrscht an den Börsen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis wir albanische Verhältnisse (wie Anfang 1997) im Weltmaßstab haben. War das vorherzusehen? Allerdings!

In den entscheidenden Wochen und Monaten der Wende 1989/90

war das genau die Warnung, die ich damals in vielen Vorträgen zunächst im Osten Deutschlands und dann in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei zum Ausdruck brachte: Wenn man den Fehler beginge, dem bankrotten System des Kommunismus das ebenfalls bankrotte System der „freien“ Marktwirtschaft aufzuoktroyieren, würde dies zu einem noch viel dramatischeren Zusammenbruch des Weltfinanz- und Wirtschaftssystems führen. Nur wenn man statt dessen eine Wirtschaftspolitik nach Prinzipien der physischen Ökonomie verwirklichte, könnte ein solcher Zusammenbruch verhindert werden. Wir schlugen damals das Programm des „Produktiven Dreiecks Paris-Berlin-Wien“ als Motor für den Aufbau Ost vor. Daß es anders kam, ist unglücklicherweise Geschichte.

Aber wenn es stimmt, daß das ganze Weltfinanzsystem heute genau an dem Punkt angelangt ist, wo sich die DDR im Oktober 1989 befand, kann man sehr wohl auch Lehren aus dieser leider „verlorenen Chance von



Helga Zepp-LaRouche: „Es gibt eine Perspektive für die Zeit nach dem Finanzkrach!“

1989“ ziehen. Auch wenn die Stimmungslage der meisten Menschen in den neuen Bundesländern anders aussieht, bedeuten die unschönen Erfahrungen der vergangenen zwölf Jahre auch, daß die Bürger im Osten

viel besser als die im Westen auf das vorbereitet sind, was jetzt kommt. Das mag vielen paradox vorkommen: Gerade weil die Menschen im Osten das Ende eines Systems und danach den Schock der Deindustrialisierung

schon einmal erlebt haben, können sie den kommenden Schock besser durchstehen und zu einem positiven Faktor bei der Lösung für ganz Deutschland werden!

Dazu ist es allerdings nötig, die vergangenen Entwicklungen kompromißlos zu durchdenken, und genau dazu soll dieses *BüSo-Extra* den Anstoß geben. Denn nur wenn man vor der Krise einen Plan zur Lösung hat, kann die Krise auch eine Chance bedeuten!

Glauben an die Demokratie verloren

Tatsache ist, daß ein sehr großer Teil der Bevölkerung in den neuen Bundesländern rund zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung völlig enttäuscht ist. Auffällig dabei ist, daß sich sowohl arbeitslose oder frühpensionierte Wissenschaftler, Facharbeiter, Anwälte, Personen also, die in der einen oder anderen Weise Teil des Systems der DDR waren, als auch Bürgerrechtler, die diesem System innerlich immer kritisch gegenüber gestanden haben, über den Tisch gezogen und in die Ecke gedrängt fühlen. Viele haben sich in eine Art innere Emigration zurückgezogen. So gut wie niemand sehnt sich nach der DDR zurück,

Seite II ➔

Technisches Know-how der neuen Länder für die Eurasische Landbrücke nutzen!

Von Werner Zuse, Direktkandidat im Wahlkreis 162: Freiberg/ Mittlerer Erzgebirgskreis

Am 3. Oktober 1990 brachte die ehemalige DDR einen wirklichen Schatz in das nun wiedervereinigte Deutschland ein: Millionen gut ausgebildeter Facharbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler. Was seit der Wiedervereinigung mit diesem Potential gemacht wurde, kann man nur als einen der größten Schildbürgerstreiche der Geschichte bezeichnen.

Der große Ökonom Friedrich List sah zu Recht im „geistigen Kapital“ jeder Nation die wichtigste Quelle allen Wohlstandes, und diese Auffassung hielt sich noch bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts. Doch mit dem in den 80er Jahren eingeleiteten Ausstieg aus der Kernenergie verabschiedete sich Deutschland aus dem Kreise der modernen Industrienationen. Eine Ideologie machte sich breit, in der Wissenschaft und Technik immer mehr zum Feindbild wurden. Dieser



Die erste Montanuniversität der Welt, die Bergakademie in Freiberg. Hier der Förderturm des Lehr- und Besucherbergwerks.

Trend muß umgekehrt werden, falls unser Land wieder eine Perspektive für die Zukunft bekommen will.

Diese geistige Verwirrung Westdeutschlands in den letzten 30 Jahren war die Voraussetzung für das, was dann nach der Wiedervereinigung mit den neuen Bundesländern gemacht wurde. Da die DDR über keinen Mittelstand verfügte, gelang es in kürzester Zeit, die Deindustrialisierung der neuen Bundesländer durchzuziehen.

Während im Westen der Widerstand gegen den selbstverordneten Marsch in die nachindustrielle Gesellschaft viel zu zaghaft blieb, begehen die Menschen im Osten sehr viel energischer gegen die Zerschlagung der Industrie auf, die sie sozusagen im Zeitraffer erlebten. Und stärker als im Westen hat sich in den neuen Ländern ein öffentliches Bewußtsein über die große industrielle und technologische Tradition erhalten, die namentlich Sachsen zu verteidigen hat.

In der vor uns stehenden Wahl können die Wähler im Osten Deutschlands mit ihrer Entscheidung gegen die Deindustrialisierung und für den Bau der Eurasischen Landbrücke eine generelle Wende der Politik in Gang setzen.

Historisch ist Sachsen Heimstatt einer Reihe wichtiger industrieller Ent-

Seite IV ➔

Der Milliardenbetrug mit den „Altschulden“

Die willkürliche Erzeugung von mehreren 100 Mrd. DM Schulden zu Lasten der ostdeutschen Wirtschaft und der gesamtdeutschen Steuerzahler ist ein so ungeheuerlicher Vorgang, daß viele ihn bis heute nicht begriffen haben.

Warum blieb am Ende der „Abwicklung“ durch die Treuhand vom gesamten Volksvermögen der ehemaligen DDR nichts als rund 400 Mrd. DM Schulden im Erblastentilgungsfonds übrig? Ein wesentlicher Faktor ist die von jedem normalen Standpunkt völlig unsinnige und rechtswidrige Übernahme der DDR-internen Pseudoschulden. In dem Buch von Helga Zepp-LaRouche, „Die verpaßte Chance von 1989-90“ ist ein ganzes Kapitel diesem Problem gewidmet. Bei einem Seminar des „Diskussionsforums Ost“ Ende Mai in Dresden befaßte Manfred Potschka sich in seinem Vortrag über die Treuhand und den „größten Vermögens-transfer der Geschichte“ auch mit dem Thema Altschulden. Der folgende Text, soweit nicht kursiv gesetzt, ist dem Dresdner Vortrag von Herrn Potschka entnommen.

Westliche Banken und Versicherungen übernahmen das ganze ostdeutsche Filialnetz der früheren DDR-Banken. Als aussagekräftige Quelle kann hier der Bericht des Bundesrechnungshofes „über die Abwicklung von Altkrediten der ehemaligen DDR und die Übernahme von Geschäften ehemaliger DDR-Kreditinstitute durch andere Geschäftsbanken“

vom 27. September 1995 dienen: Das Eigenkapital der ehemaligen DDR-Banken wurde als einziges gesellschaftliches Vermögen bei der Währungsunion 1:1 umgestellt. Schon dies war ein gewaltiges Geschenk für die westdeutschen Banken, denn im Durchschnitt betrug das Umstellungsverhältnis der Betriebs-, Bevölkerungs- und Bankvermögen 1,81:1. Zusätzlich erwarben die Banken aber noch die Ansprüche auf Altschuldenforderungen, die im Verhältnis 2:1 umgestellt wurden und sich ab 1. Juli 1990 zu westüblichen Zinssätzen vermehrten.

Diese Vorgänge beschrieb *Der Spiegel* vom 23. Oktober 1995 unter der Überschrift „Zweite Enteignung. Der Bundesrechnungshof wirft Bonn Verschleuderung von Steuergeldern in Milliardenhöhe beim Abwickeln des DDR-Bankensystems vor.“ So ließ sich beispielsweise die Berliner Bank A.G. bei den Verhandlungen mit der Berliner Stadtbank, die aus der Staatsbank der DDR hervorgegangen ist, eine Schadenersatzsumme von 115 Mio. DM festschreiben, falls die Fusion nicht klappen sollte, und drohte mit dem Abbau von mehreren tausend Arbeits-

Seite III ➔



Rufen Sie uns an:
Bundesgeschäftsstelle:
06131/23 73 84
BüSo NRW: 0211-733 78 62
BüSo Bayern: 089-725 40 11

BüSo Hamburg: 0171-8384092
Baden-Württemberg: 0711-6773726
BüSo Niedersachsen: 0511- 86 83 27
BüSo Sachsen: 0351-65633436
BüSo Berlin: 030-802 34 05

E-Mail: info@bueso.de
http://www.bueso.de
oder schreiben Sie an
BüSo · Postf. 3366 · 55023 Mainz

Ungerechtigkeit in den neuen Bundesländern überwinden

Fortsetzung von Seite I
trotzdem empfinden viele, daß sich ihre Lage verschlechtert hat: also keine Nostalgie für die DDR, sondern eher das Verlangen nach Gerechtigkeit.

Einige der Älteren hadern mit ihrem Schicksal, das sie von einer Diktatur in die nächste und dann ins Abseits befördert hat, andere haben angesichts der als skrupellos empfundenen Westübernahme aller Bereiche des Lebens jeden Glauben an die Demokratie verloren. Junge Leute gehen scharenweise in den Westen, das Wort aus DDR-Zeiten vom „Rübermachen“ ist wieder modern.

Es fehlt vielen Leuten im Westen einfach die Sensibilität nachzuvollziehen, als wie verletzend man es in den neuen Bundesländern empfunden hat, wenn Politiker wie Rexrodt und Lambsdorff kaltschnäuzig urteilten, die ganze DDR sei doch am Ende nur ein Schrotthaufen und völlig marode gewesen. Oder wenn etwa Lothar Späth im Jahre 2001 gegenüber der Zeitschrift *Superillu* feststellte: „Das ist ein brutales Schicksal, daß eine ganze Generation chancenlos geblieben ist. Aber es hätte keine andere Möglichkeit gegeben.“ Dieser Unwahrheit fügt Späth dann noch hinzu: „Manchmal ist zerstörerische Kreativität hilfreich — damit auf den Trümmern des Alten Neues aufgebaut werden kann.“

Die Gründe für das Ende der DDR

Wenn man den Zustand der DDR am Ende ihrer Existenz richtig beurteilen will, müssen eine ganze Reihe von Faktoren berücksichtigt werden. Der offensichtlichste ist, daß die Bedingungen in beiden deutschen Staaten von den jeweiligen Besatzungsmächten bestimmt wurden. Dies galt für die Bundesrepublik ebenso wie für die

DDR. Und innerhalb dieser Rahmenbedingung war die Bevölkerung der DDR trotz der kommunistischen Planwirtschaft relativ produktiv, denn der Beitrag der DDR im Rahmen des Ostblock-Wirtschaftssystems war erheblich. Natürlich hatte diese Konstellation beträchtliche Auswirkungen auf die Versorgungslage in der DDR, die Infrastruktur etc.

Um die Gründe für den Zusammenbruch der DDR richtig zu verstehen, ist es unerläßlich zu berücksichtigen, daß mein Ehemann, der amerikanische Politiker und Ökonom Lyndon LaRouche, und zwar weit und breit als einziger, bereits im Februar 1983 darauf hingewiesen hat, daß die Sowjetunion bei einer Fortsetzung ihrer damals am „Ogarkow-Plan“ orientierten Politik in etwa fünf Jahren kollabieren würde. Wie sich herausgestellt hat, sollte es kaum mehr als sechs Jahre dauern.

Man sollte sich auch daran erinnern, daß niemand in der Bundesrepublik den Kollaps der DDR als Teil des Warschauer Paktes vorhergesehen hat. Die Regierung Kohl hatte nach ihren eigenen Veröffentlichungen noch im November 1989 keinen Plan für die Eventualität des Falls der Mauer. Und in der SPD war es üblich, von der Wiedervereinigung als „Jahrhundertlüge“ zu sprechen. LaRouche hingegen sprach bereits im Oktober 1988 auf einer Pressekonferenz im Berliner Hotel Kempinski vom vorgezeichneten Kollaps des Warschauer Paktes. Er schlug damals die baldige Wiedervereinigung Deutschlands mit Berlin als Hauptstadt vor. Wenn man verstehen will, was mit der DDR geschehen ist, muß man die Frage beantworten, warum LaRouche – und sonst eben niemand – diese Entwicklungen richtig prognostizieren konnte. Der einzige, der ähnliche Vorschläge zur wirtschaftlichen Entwicklung Osteuropas, insbesondere Polens machte, war

der damalige Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, der im November 1989 ermordet wurde.

Lyndon LaRouche schlug damals das Programm des „Produktiven Dreiecks Paris-Berlin-Wien“ vor. Es war die Idee, die nun nicht mehr durch die Mauer getrennten Wirtschaftszentren Europas zu verbinden und den Osten durch sogenannte Entwicklungskorridore auf ein modernes westliches Niveau zu bringen. Dabei sollten die industriellen Kapazitäten des Ostens — die zwar vom Standpunkt des Weltmarktes nicht konkurrenzfähig waren, aber wertvolle Industrieanlagen darstellten (über die z.B. alle Entwicklungsländer froh wären, wenn sie so etwas hätten) — für den Ausbau der Infrastruktur genutzt werden. Die Industrieanlagen hätten Schritt für Schritt modernisiert und erst dann abgebaut werden können, wenn sie tatsächlich „aufgebraucht“ und durch modernere Anlagen ersetzt worden wären.

Bereits im Januar 1990 legten wir eine erste Studie zu diesem Programm vor, das anschließend in einer Auflage von mehreren hunderttausend Kopien vertrieben und auf vielen Seminaren und Konferenzen vorgestellt wurde. Bundeskanzler Kohl, alle Minister, eine große Anzahl von Bundestagsabgeordneten und die Vörsenstände zahlreicher Unternehmen hatten dieses Programm auf ihrem Schreibtisch. Daher ist es einfach nicht wahr, wenn Lothar Späth behauptet, es hätte keine andere Möglichkeit gegeben!

Der Grund, warum der Aufbau Ost sabotiert wurde, war ein ganz anderer. Er lag letztlich in der Kapitulation der Regierung Kohl vor den geopolitischen Manipulationen von Margaret Thatcher, François Mitterrand und George Bush. Frau Thatcher versuchte zunächst, die Wiedervereinigung mit allen Mitteln zu verhindern, lancierte die perfide Kampagne gegen Deutschland als angebliches „Viertes Reich“ und unternahm gleichzeitig alles, um George Bush in seinen Plänen zu bestärken, durch den Golfkrieg dem wiedervereinigten Deutschland seine historische Rolle beim Aufbau des Ostens zu nehmen.

Die vor allem von Mitterrand forcierte Währungsunion und der Maastrichter Vertrag taten ein übriges, um die deutsche Wirtschaft zu schwächen: „Einbindung durch Selbsteindämmung“ hieß das politische Konzept.

Nach dem Kollaps der Sowjetunion gewannen in den USA leider jene Kräfte mehr und mehr die Oberhand, die der einzig verbliebenen Supermacht den Status eines neuen Weltreichs geben wollten, eine Tendenz, die sich während der Clinton-Jahre zwar etwas abschwächte, sich jetzt aber wieder durchgesetzt hat. Ein führender Vertreter dieses neuen Weltreichs ist seit vielen Jahrzehnten der üble Samuel Huntington, dessen geopolitische Wahnvorstellungen viel zum wirtschaftlichen Kahlschlag Ost beigetragen haben. So schrieb er 1991 in der Zeitschrift *Survival* des Londoner International Institute of Strategic Studies, daß es eines der vordringlichsten strategischen Interessen Amerikas sei, „zu verhindern, daß



Ronald Gaile

In den ehemaligen großen Textilwerken Zittau ist jetzt nur noch die WGF Garnvertriebs GmbH untergebracht.

Widerstand, weil eine ganze Reihe von Establishment-Leuten verstanden haben, daß ein solcher Kurs irreparabel in die große Katastrophe führt.

Oder es kommt zum einzig positiven Ausweg, und das ist die Lösung, die LaRouche seit langem vorschlägt. Dafür gibt es weltweit immer mehr Unterstützung, in Rußland, China, Indien, Iran, der arabischen Welt, Iberoamerika und Afrika.

Das ist auch das Programm der *BüSo*:

1. Grundlegende Reorganisation des hoffnungslos bankrotten Weltfinanzsystems durch ein Neues Bretton Woods. Das heißt: Streichung der meisten Schulden, Streichung der Derivatkontrakte, feste Wechselkurse und eine „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ für jedes Land.

2. Ausbau der Eurasischen Landbrücke, gewissermaßen als eurasische Verlängerung des „Produktiven Dreiecks Paris-Berlin-Wien“.

3. Dialog der Kulturen statt Krieg der Zivilisationen.

Für die neuen Bundesländer gibt es nur Hoffnung auf Besserung, wenn die Eurasische Landbrücke ausgebaut wird und die naturgegebene Orientierung nach Osten wieder auflebt. Die Länder Asiens werden noch auf geraume Zeit die wissenschaftliche und technologische Fachkompetenz brauchen, wie sie eben auch in den neuen Bundesländern noch vorhanden ist. Auch wenn dort die Industrie weitgehend zerstört ist, kann wieder neu aufgebaut werden! Fachkompetenz ist vorhanden bei Vorruhestandlern, bei Arbeitslosen, bei den „Gastarbeitern“ in den Altbundesländern, an den Fachhochschulen. Diese brachliegenden Ressourcen werden dringend gebraucht, wenn das volkswirtschaftliche Potential der Nationen Eurasiens und darüber hinaus der Entwicklungsländer verwirklicht werden soll.

Liebe Wähler in den neuen Bundesländern, ich möchte Ihnen Mut machen. Es gibt eine Perspektive für die Zeit nach dem Finanzkrach! Ich weiß, viele von Ihnen haben sehr viel mitmachen müssen, aber wenn man es positiv betrachtet, geben diese Erfahrungen einem auch sehr viel Lebensweisheit. Wenn Sie diese Erfahrungen heute mit dem gleichen Humor verbinden, den viele von Ihnen nicht zuletzt 1989 bewiesen haben, dann können Sie besser als irgendjemand die kommende Krise zur Chance werden lassen!

Und Sie haben in besonderer Weise die große kulturelle und wissenschaftliche Tradition von Bach, Händel, Schumann, Leibniz und Schiller, von Weimar und Freiberg, um nur einige große Namen herauszugreifen. Hier findet man die Kraft, die man in schwierigen Situationen braucht!

Helfen Sie in diesem Wahlkampf aktiv und am 22. September mit Ihrer Stimme, daß die *BüSo* die Politik in diesem Land mitgestalten kann, und alles kann gut werden!

Ihre Helga Zepp-LaRouche

Aufbau Ost war geopolitisch unerwünscht

Originalton Samuel Huntington

Samuel Huntington, der Theoretiker des „Kampfes der Kulturen“, schrieb 1991 einen Aufsatz mit dem Titel „Amerikas sich wandelnde strategische Interessen“, der in der Zeitschrift *Survival* des Londoner International Institute of Strategic Studies (IISS) (Vol. 33, Nr. 1) erschien. Er vertritt darin die Auffassung, nachdem die Vereinigten Staaten 1990 den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion gewonnen hätten, bestünden ihre „gewandelten strategischen Interessen“ 1. darin, „die Position der Vereinigten Staaten als erste Weltmacht beizubehalten“, 2. „zu verhindern, daß sich eine politisch-militärische Hegemonialmacht in Eurasien herausbildet“, und 3. „konkrete amerikanische Interessen in der Dritten Welt zu wahren, in erster Linie am Persischen Golf und in Mittelamerika.“

Originalton Samuel Huntington: „Allerdings schien Ende 1990 die Hauptgefahr für die Stabilität und das Machtgleichgewicht in Eurasien darin zu liegen, daß in Mackinders Herzland ein größeres Machtvakuum entstehen könnte. Aber es ist auch denkbar, daß sich dort in Zukunft eine hegemoniale Bedrohung entwickeln könnte... Das vereinigte Deutschland könnte versuchen, seine Wirtschaftsmacht nicht nur zur Dominierung der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen, sondern seine wirtschaftliche Hegemonie und politische Kontrolle nach Mittel- und Osteuropa hinein auszudehnen. Auch das ist ein Kurs, den deutsche Regierungen — kaiserlich, demokratisch und nationalsozialistisch — in der Vergangenheit gefahren sind. Die politische Integration der Europäischen Gemeinschaft, sollte sie denn eintreten, ließe ebenfalls ein außerordentlich mächtiges Gebilde entstehen, das unweigerlich als erhebliche Bedrohung amerikanischer Interessen aufgefaßt würde.“

Um dieser Bedrohung zu begegnen, empfiehlt der anglo-amerikanische Geopolitiker, „Deutschlands Macht im neuen Europa zu begrenzen, indem man Deutschlands Beteiligung in der NATO und den europäischen internationalen Organisationen fördert, während man gleichzeitig gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich, Frankreich und anderen Ländern darauf hinwirkt, Deutschlands Einfluß in diesen Organisationen zu beschränken.“

So wurde es dann leider auch gemacht. Und diese Meister des „Teile und Herrsche“ erfüllt es vermutlich mit Genugtuung, wenn die Deutschen in Ost und West sich heute gegenseitig die Schuld für die Sabotage.

ANZEIGE



Helga Zepp-LaRouche

Die verpaßte Chance von 1989-90

Wird Europa Lehren daraus ziehen?

AUS DEM INHALT:

Zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung: Wie Kohl der Euro aufgezwungen wurde • LaRouches „Internationale Entwicklungsbank“ • Die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) als Ost-West-Friedensplan • Das Attentat auf Alfred Herrhausen: Mord als Mittel der (Geo-)Politik • Spuren im Mordfall Rohwedder • Das Programm des „Produktiven Dreiecks Paris-Berlin-Wien“ • Die deutsche Frage aus dem Blickwinkel englischer Geopolitik • Honeckers Altschulden und der deutsche Staatsbankrott • Die unerledigte Herausforderung des „Aufbaus Ost“ • Der Kampf um die Eurasische Landbrücke

Paperback, 250 Seiten, ISBN 3-925725-34-2, Euro 10,-
Bestellschrift: Dr. Böttiger Verlag, Postfach 1611, 65006 Wiesbaden
Fax 0611-77861-18 • e-mail: boettiger@solidaritaet.com

Der Milliardenbetrug mit den „Altschulden“

Fortsetzung von Seite I

plätzen. Aber die Berliner Bank A.G. kaufte die Berliner Stadtbank für 49 Mio. und erwarb damit Ansprüche auf „Altschuldenforderungen“ von 11,5 Mrd. DM. Bei nicht mehr ein-treibbaren Schulden verpflichtete sich die Bundesregierung, einzusprin-gen. Dafür kommt letztlich der Steu-erzahler auf.

Das Mißverhältnis zwischen Kauf-summe und Profit (ca. 10 000%) ist ein-fach unfaßbar. Wie konnte die Treuhand so einen Deal zulassen? Und die Berliner Bank A.G. ist kein Einzelfall: In „Ver-paßte Chance“ wird über ein Gerichtsur-teil vom 21. September 1995 in Magde-burg berichtet, wonach die DG Bank, die am 10. September 1990 die „Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirt-schaft“ der DDR gekauft hatte, nicht be-

rechtigt sei, alte „Kredite“ an die LPGen einzutreiben. Geklagt hatten 20 LPGen, bei denen die DG Bank versucht hatte, Zinsen für „Kredite“ in Höhe von 7,6 Mrd. DM zu kassieren. Im Zuge des Ver-fahrens kam heraus: Die DG Bank hatte besagte Bank für ganze 106 Mio. DM von der Treuhand gekauft, obwohl allein noch Bareinlagen in Höhe von 250 Mio. DM vorhanden waren, zudem Liegen-schaften im ganzen DDR-Gebiet. Und außerdem hatte sie noch Schuldforde-rungen im Wert von 15 Mrd. DM erwor-ben, für deren Rückzahlung die Bundes-regierung bzw. die gesamtdeutschen Steuerzahler hafteten!

Wie der Bundesrechnungshof in seinem Bericht vom 27. September 1995 darstellte, betrugen die Altkre-ditforderungen 177,5 Mrd. DM:

Deutsche Kreditbank AG	rd. 124,5 Mrd. DM
Deutsche Außenhandelsbank	rd. 7,0 Mrd. DM
Genossenschaftsbank Berlin	rd. 17,5 Mrd. DM
Berliner Stadtbank AG	rd. 11,5 Mrd. DM
Deutsche Handelsbank AG	rd. 6,5 Mrd. DM
Sparkassen und Volksbanken	rd. 10,5 Mrd. DM

Aus welchen Kategorien von Schulden und Krediten setzten sich diese Forderung zusammen? Offiziell gab die Bundesre-

28,0 Mrd. DM	interne Schulden des Staatshaushalts
23,3 Mrd. DM	Netto-Auslandsverschuldung
38,0 Mrd. DM	Wohnungsbaukredite
104,0 Mrd. DM	Altschulden der Treuhandbetriebe
26,0 Mrd. DM	Restausgleichsposten aus der Währungsumstellung
216,7 Mrd. DM	insgesamt

Der weitaus größere Teil davon sind keine Schulden im westlichen Sinne: Das gilt für die Altschulden der Treuhandbe-triebe, die „Kredite“ an die Wohnungs-baugesellschaften und an die Kommu-nen (enthalten im ersten Posten) in Höhe von 6,9 Mrd. Schulden — zusammen fast 150 Mrd. DM!

Umfassende Rechtsgutachten und auch Experten von Wirtschaftsinstituten gelangen immer wieder zu dem gleichen Ergebnis: Es ging bei diesen „Altschulden“ der DDR in Wirklich-keit um Finanzzuweisungen einer zentralistischen Planwirtschaft, die mit Krediten im marktwirtschaftli-chen Sinne nichts gemein hatten. Mit dem Einigungsvertrag wurden keine Schulden übernommen, sondern be-gründet und geschaffen. In der Plan-wirtschaft wurde im Planungsprozeß entschieden, wie viele Mittel ein Be-trieb, eine Gemeinde bzw. LPG zu er-halten hatte — mit zu erfüllenden Auflagen. Es gab keine eigenverant-wortliche Tätigkeit der Betriebe. Geld war kein allgemeines Äquivalent und kein Anrecht auf Leistungen und Gü-ter. „Gläubiger“ (Staatsbank der DDR u.a.) war der Staat, „Schuldner“ (staatlicher Betrieb, Gemeinde als Staatsorgan) war ebenfalls der Staat mit staatlichen Aufgaben.

Hinzu kommt, daß die „Kreditneh-mer“ diese „Kredite“ zu DDR-Zeiten nicht zu den Bedingungen aufge-nommen haben, die ihnen nachträg-lich auferlegt wurden. Es gibt keinen ursprünglichen „Kreditvertrag“ und

auch keine Unterschrift unter eine Verpflichtung zu 11% Zinsen (in der DDR lag der Zinssatz bei 0,5%). Das al-les wurde nachträglich unter Andro-hung von Sanktionen aufgenötigt. In der Regel geschah das, indem der Er-laß eines Teils der „Schulden“ davon abhängig gemacht wurde, daß die vorgerechneten Schulden und Modali-täten des Schuldendienstes aner-kannt wurden.

Unter den Augen von Bundesfi-nanzministerium und Treuhandan-stalt wurden diese absurden „Alt-schuldenforderungen“, soweit sie von der Bundesregierung übernom-men wurden, in einem Erblastentil-gungsfonds untergebracht, der rund 400 Mrd. DM umfassen soll. Der Schuldendienst an die westdeutschen Banken erfolgt streng separat vom übrigen Schuldendienst. Das ist nichts anderes als eine gewaltige Sub-ventionierung der Banken zu Lasten der ostdeutschen Wirtschaft.

Soweit Herr Potschka. Man kann sich denken, wie sehr der Albatros der Alt-schulden dem Aufbau Ost geschadet hat. Auch der produktivste Betrieb mußte daran pleite gehen. Andere Betriebe wur-den aufgrund dieser künstlichen Schul-den in ihren Büchern für symbolische Summen verschenkt und dann oft dicht gemacht. Die Treuhand übernahm Alt-schulden und häufte ein Multimilliardendefizit auf, usw.

Es bleibt die Frage, wer diesen Milliar-denschwindel anzettelte und warum.

Die Kandidaten der BüSo-Landesliste Berlin

1. Helga Zepp-LaRouche, Journalistin, Bundesvorsitzende der BüSo

2. Heiko Ziemann, Unternehmer (stellvertretender Landesvorsitzen-der Berlin

3. Monika Hahn, Erzieherin, Landesvorsitzende Berlin

4. Gregoire Mukengechay, Jurist

5. Ulrike Lillge, Dipl.-Bibliothekarin

6. Heinrich Wilhelm Köster, Geschäftsführer

7. Evelin-Gisela Halke, Fremdsprachensekretärin i.R.

8. Barbara Franke, Krankenschwester

9. Roland Pagel, Angestellter

10. Christiane Kranz, Projektmanager, vorher Ingenieur für Lederverar-beitung

Direktkandidaten

Wahlkreis 76 Berlin-Mitte: Helga Zepp-LaRouche

Wahlkreis 86 Marzahn-Hellersdorf: Heiko Ziemann

Wahlkreis 81 Charlottenburg-Wilmersdorf: Heinrich Wilhelm Köster

Wahlkreis 82 Schöneberg-Tempelhof: Ulrike Lillge

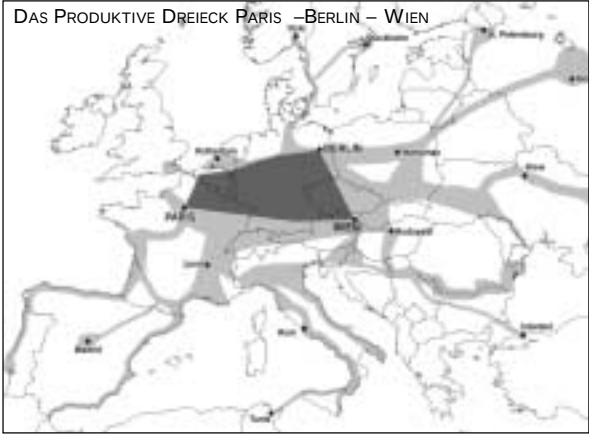
Wahlkreis 77 Pankow: Monika Hahn

Wahlkreis 80 Steglitz-Zehlendorf: Evelin-Gisela Halke

CHRONOLOGIE

Initiativen von Helga Zepp-LaRouche und der BüSo in der Umbruchzeit

- 12. Oktober 1988:** Angesichts der Krise im Ostblock schlägt Lyndon LaRouche, der sich in den USA um die Nominierung als demokratischer Präsident-schaftskandidat bewarb, im Berliner Hotel Kempin-ski den Regierungen in Washington und Moskau vor, daß der Westen als Gegenleistung für die Wiederver-einigung Deutschlands Wirtschaftshilfe zum Wie-deraufbau in Osteuropa (vor allem Polen) leisten soll.
- 8. November 1989:** Helga Zepp-LaRouche rät als Präsi-dentin des Schiller-Instituts zur deutsch-französi-schen Zusammenarbeit mit Moskau, um einer Ab-sprache der Supermächte über Euro-pa entgegenzutreten und nach dem Börsenkrach von 1987 eine aufbauo-rientierte Wirtschaftspolitik durch-zusetzen. Sie schlägt ein fünfstufiges Notprogramm für den Wiederaufbau Polens vor, wobei der DDR mit ihren Industriekapazitäten eine wichtige Rolle zukommen soll.
- November 1989:** Helga Zepp-LaRouche verfaßt als Bundesvorsitzende der *Patrioten für Deutschland* (Vorläufer der BüSo) Flugblätter, die nach Öffnung der innerdeut-schen Grenze hundertausenfach an den Gren-zübergängen verteilt werden („Geliebtes Deutschland, weiter so — mit Zuversicht!“). Sie schlägt die Verknüpfung der europäischen Indu-striezentren im Westen und Osten vor, so daß diese zur „Lokomotive für die Weltwirtschaft“ wer-den könnten.
- 4. Dezember 1989:** Lyndon LaRouche warnt in der Schrift „Der Mittelstand als Lokomotive für Osteuro-pa“ vor den nachindustriellen Utopien des Westens und weist dem zu entwickelnden Hochtechnologie-Mittelstand eine Schlüsselrolle bei der raschen Mo-dernisierung der Volkswirtschaften der DDR und der osteuropäischen Länder zu.
- 13. Dezember 1989:** Helga Zepp-LaRouche fordert in der *Neuen Solidarität*: „Freie Wahlen in der DDR — Keine Wiederholung des Wiener Kongresses“ (Bush/Gorbatschow auf Malta).



Wenn dieses Programm ab 1990 durchgeführt worden wäre, hätten wir heute in ganz Osteuropa „blühende Landschaften“. Das Grand Design dieses Entwurfs sah vor, nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ sofort die gesamte Wirtschaft Ost- und Westeuropas durch große Modernisierungsprojekte im Bereich der Transport-, Energie-, Wasser- und Kommunikationsinfrastruktur anzukurbeln, wobei die modernsten Technologien zum Einsatz kommen sollten. Diese Projekte — hauptsächlich finanziert durch staatliche Kreditschöpfung und mit niedrig verzinsten Krediten — sollten die Nachfrage nach Investitionsgütern über längere Zeit stimulieren.

- Januar 1990:** Das Programm *Das Produktive Dreieck Pa-riis-Berlin-Wien als Lokomotive der Weltwirtschaft* wird in einer Auflage von mehreren 100 000 verteilt, den europäischen Regierungen zur Verfügung gestellt und auf Seminaren in ganz Osteuropa präsentiert.
- 9./10. Februar 1990:** Pariser Konferenz des Schiller-In-stituts: „Deutsch-französische Allianz: Fortschritt und Freiheit für 400 Millionen Europäer“. Es neh-men über hundert Gäste aus der DDR teil.
- 3. März 1990:** Deutsch-deutsches Seminar zur Landwirt-schaftspolitik mit 200 Teilnehmern in Hünfeld bei Fulda.
- 28. Februar 1990:** Aufruf an die Bürger der DDR zur Volkskammerwahl am 18. März 1990: „Vergeßt die größeren Ziele nicht!“ Helga Zepp-LaRouche warnt vor dem materialistisch-pragmatischen Zeitgeist der Bundesrepublik. Die friedliche deutsche Revolution sei eine „Sternstunde der Geschichte“. Sie begrüßt die Währungsunion und Einführung der DM, betont aber, die dafür notwendigen wirtschaftlichen Wachstumsraten könnten nur unter Bedingungen des Produktiven Dreiecks und nicht unter monetari-stischen Vorgaben erreicht werden.
- Frühjahr 1990:** Amerikanische Bürgerrechtler wie Ame-lia Boynton Robinson und Rev. James Cokeley aus New York sprechen bei den Montagsdemonstratio-nen (Halle/Leipzig) und halten Vorträge in DDR-Städten.
- August 1990:** Die *Patrioten* treten mit Kandidaten in Thüringen und Sachsen zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl an. In Flugblättern fordern sie, im Rahmen des Gesamtkonzepts des „Produktiven Drei-

ecks“ das Industriepotential der DDR zu modernisie-ren.

November 1990: Helga Zepp-LaRouche veröffentlicht ein „Vier-Punkte-Programm gegen die Arbeitslosig-



- keit“ für ein kommunes Aufbauprogramm und staatliche Kredite für Gas-, Elektrizitäts- und Wasser-versorgung. Es dürfe keine Verzögerungen bei not-wendigen Investitionen geben, Entschädigungsan-sprüche müßten später geklärt werden. Angesichts der instabilen Lage in der Sowjetunion befürwortet sie die Bereitstellung zugesagter Kredite direkt an die DDR-Firmen, um den Warenfluß in die Sowjetunion nicht zu unterbrechen.
- März 1991:** Europaweite Konferenz des Schiller-Insti-tuts in Berlin „Frieden durch Entwicklung“ mit über hundert hochrangigen Vertretern aus Ost- und West-europa sowie der Sowjetunion. Verabschiedung der „Berliner Erklärung“: Schaffung von integrierten Hochtechnologie- und Infrastrukturkorridoren in ganz Europa als Ausweg aus der Weltwirtschaftsde-pression und als Gegenkonzept zur imperialen ang-lo-amerikanischen „neuen Weltordnung“.
- März 1991:** Das Programm *Ein Wirtschaftswunder für Osteuropa — das produktive Dreieck Paris-Berlin-Wien als Lokomotive der Weltwirtschaft* erscheint als Ta-schenbuch in einer Auflage von 40 000 Exemplaren.
- 10. Juli 1991:** „Adam Smith gegen Leipziger Kranbau-er“: Die *Neue Solidarität* beleuchtet exemplarisch, wie die TAKRAF Leipzig zu Fall gebracht wurde.
- 18. Dezember 1991:** „Grundstückshaie am Checkpoint Charlie“: *Neue Solidarität* berichtet über Spekulanten wie den US-Geheimdienstmann Mark Palmer und sein „American Business Center“ in Berlin.
- 11. März 1992:** „Jeder zweite Ostdeutsche ohne Arbeit“: *Neue Solidarität* fordert den Rücktritt von Bundesfi-nanzminister Theo Waigel, der sich mehr dem IWF als der Bevölkerung verpflichtet fühlt. Forderung nach einem „Aufbauministerium“ nach dem Beispiel des japani-schen MITI.
- Oktober 1992:** „Schuldenerlaß für den Wohnungssek-tor Ost!“ titelt *Neue Solidarität* und fordert ein Mora-torium auf die Altschulden der DDR.
- 28. Oktober 1992:** „Zweite Demontage voll im Gang“, ein ausführlicher Bericht über die Kahlschlagspolitik der Treuhand in der *Neuen Solidarität*.
- November 1992:** Die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) wird als gesamtdeutsche Partei aus der Taufe gehoben: eine wirkliche Bürgerrechtsbewegung in der Tradition Martin Luther Kings, die sich an der Idee des Gemeinwohls orientiert.
- März 1993:** Extrablatt der BüSo in hoher Auflage: *Was blockiert den Aufbau Ost?* Forderungen sind u.a. die Streichung der Buchschulden ehemaliger DDR-Betriebe, Kommunen und LPGs sowie die Bereitstel-lung umfangreicher Nationalbankkredite als An-schubfinanzierung für die Belebung des produktiven Sektors, für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.
- In besonderen Kampagnen setzte sich die BüSo für den Erhalt von Arbeitsplätzen in wichtigen produk-tiven Zweigen der Ost- Wirtschaft ein:
- So mobilisiert die BüSo internationale Unterstüt-zung des Hungerstreiks der Kalikumpel von Bischof-ferode mit dem Flugblatt „Brot für die Welt, Arbeit für uns!“. Helga Zepp-LaRouche spricht im Juli 1993 in Bischofferode.
 - *Neue Solidarität* berichtet im Mai und Juni 1990 über den Kampf um den Erhalt des EKO-Stahlwerks in Eisenhüttenstadt und führt Interviews mit Be-triebsratsvertretern von Jenoptik GmbH und der Fir-ma Umformtechnik Erfurt.
 - In mehreren Artikeln kritisiert die *Neue Solidarität* die monetaristische Treuhand-Politik. So berichtete sie z.B. am 22. September 1993 unter der Überschrift „Breuel, die Gnadenlose“ über die Beratungsagentu-ren Goldman Sachs, McKinsey, Price Waterhouse und deren Einfluß auf die Treuhand.

„Bei uns kommen die Menschen zuerst!“

Ein Interview mit Ralf Geisendörfer, Diplom-Ingenieur, nach der Wende mehrere Jahre selbständiger Heizungsbauunternehmer, Landesvorsitzender der BüSo Sachsen. Er führt die sächsische Landesliste an und kandidiert als Direktkandidat im Wahlkreis Zwickau.

Wie lange kennst Du die BüSo und was hat Dich bewegt, der Partei beizutreten ?

Geisendörfer: 1990 wurden an einem Büchertisch in Zwickau Unterschriften gegen den Golfkrieg gesammelt, was ich natürlich gern unterstützte — gegen Krieg, immer. Bis 1992 las ich nur gelegentlich die *Neue Solidarität* und im Urlaub dann das Buch „Mit der Ölwanne zur Weltmacht“. Plötzlich begann ich die Politik zu verstehen, ich hatte den roten Faden gefunden. Nach dem Urlaub rief ich sofort bei der BüSo an und wurde *echter Bürgerrechtler*. 1994 hatten wir genügend Mitglieder in Sachsen organisiert, um einen eigenen Landesverband zu gründen, welcher mich im selben Jahr zum Landesvorsitzenden wählte und zum ersten Mal als Direktkandidat für die Bundestagswahl aufstellte.

Welche Hoffnungen hattest Du bei der Wende von 1989?

Geisendörfer: Abgesehen von einigen Vorzeigemodellen herrschte in der DDR in vielen Bereichen eine sehr primitive Art zu produzieren. Ideen, dies zu verbessern, blieben meist im Schlamm undurchsichtiger Kompetenzen stecken. Es war ähnlich wie heute: Wenn einer einen Schritt in die richtige Richtung versuchte, riefen gleich zehn Leute „Halt!“ So geriet z.B. das „Gesetz über die neue wirtschaftliche Rechnungsführung“ von 1982 umgehend wieder in Vergessenheit. Blinder Aktionismus hatte zu oft Priorität vor ernsthafter Grundlagenarbeit — da hätte man ja manche unsinnigen Tabus brechen müssen. Statt neue Kernkraftwerke zu bauen, machte man lieber Kampagnen zur Strom einsparung. Die „Berlin-Initiative“ polierte zwar die Hauptstadt auf, um international zu glänzen, verdammt aber den Rest des Landes zur Provinz.

Mit der Wende kam die Hoffnung auf moderne Maschinen und Werkzeuge, auf Hochtechnologie und „Know-how“. Damals wußten die Menschen noch, daß der Wohlstand



Ralf Geisendörfer, Landesvorsitzender der BüSo Sachsen.

einer Nation davon abhängt, was, wie viel und wie produziert wird, und nicht davon, wieviel der Händler aufschlägt. Was heute übrig bleibt, sind industrieller Kahlschlag, Massenarbeitslosigkeit und grüne Lügenmärchen, aber vor allem eine wahnsinnige Angst vor der Zukunft.

Wie beurteilt Du die Wirtschaftslage in Sachsen?

Geisendörfer: Thüringen und Sachsen waren vor dem Zweiten Weltkrieg einmal das Maschinenbauzentrum Deutschlands. In Zwickau hat man die besonderen Eigenschaften der Steinkohle entdeckt, in Freiberg die erste Bergakademie gegründet. Die erste Fernseisenbahn wurde zwischen Leipzig und Dresden gebaut, und noch heute kann man die größte Ziegelbrücke der Welt über dem Göltzschtal im Vogtland bewundern. Das Erzgebirge war einst reich, und nicht nur durch den Bergbau. Bis heute begrüßen sich die verbliebenen Arbeiter mit „Glück Auf!“, nur das „Glück“ tut sich heute unsagbar schwer. Die einzige politische Kraft hier, die nicht bloß mitjammert, ist die BüSo. Nur bei uns werden Inhalt angeboten und nicht nur mit der Verpackung gespielt.

Der Spekulationswahn und die nachindustrielle Utopie brechen

jetzt überall zusammen. Was muß getan werden ?

Geisendörfer: Die Lösung ist einfach. Wir müssen aus der Geschichte lernen, was richtig und was falsch war. Warum muß sich der Staat bei Privatbanken Geld mit Wucherzinsen borgen, obwohl er das Recht hat, das Geld seines Landes als Organisationsmittel des Wohlstandes selbst zu verwalten? Dort fangen wir an! Wir müssen das Finanzsystem wieder so organisieren, daß es allen Bürgern nützt und nicht schadet. Vorbilder gibt es genug — z.B. die Idee des Finanzsystems von Bretton Woods und den Marshall-Plan. 1931-32 hätte der „Lautenbach-Plan“ zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch produktive Kreditschöpfung (und sein gewerkschaftliches Gegenstück, der „Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan“) Hitler verhindern können, wenn die SPD als wichtigste Oppositionspartei den Gewerkschaftsbund darin unterstützt hätte.

Mit diesem souveränen Geld muß man unsere heutige Windmühlen- und Frostsäunewirtschaft reorganisieren, um damit große Entwicklungsprojekte in Gang zu setzen, wie z.B. die *Eurasische Landbrücke*“. Dazu braucht man die *Magnetbahn* genauso wie die *modernsten Kernkraftwerke*. „Geht nicht“ gibt's nicht!

Wir müssen endlich mit diesen verrückten Experimenten aufhören. Wer die Freunde der Hartz-Kommission wählen will — bitte sehr, aber er soll sich nicht beschweren, wenn er dann vom Eigenheimbesitzer zum Obdachlosen mutiert. Der Staat hat eine Verantwortung für das Gemeinwohl und damit auch für das Sozialsystem. Eine Regierung, die das nicht erkennt, ist für mich a-sozial. Bei der BüSo kommen die *Menschen zuerst*. Wer setzt sich außer uns noch für das *Gemeinwohl* ein? Ich appelliere an alle wahlberechtigten Bürger: Helfen Sie uns, eine wirklich machtvoll Bürgerrechtsbewegung aufzubauen und geben Sie uns — für den Anfang — Ihre Stimme!

Technisches Know-how der neuen Länder für die Eurasische Landbrücke nutzen!

Fortsetzung von Seite I

wicklungen gewesen. So wurde in Sachsen nach dem Siebenjährigen Krieg die erste Montanuniversität der Welt, die *Bergakademie in Freiberg*, gegründet. Freiberg steht als Sinnbild dafür, daß ein Volk sich mittels seiner geistigen Fähigkeiten selbst von der Armut befreien kann.

In Freiberg wurden viele Studenten aus aller Welt ausgebildet, und Freiburger Forschern gelangen wichtige Durchbrüche in der Geschichte der Geologie und Chemie. So entdeckte Prof. Clemens Alexander



Werner Zuse, Direktkandidat im Wahlkreis 162: Freiberg/ Mittlerer Erzgebirgskreis.

So studierte bereits der Gründer der Universität Moskaus, Lomonossow, in Freiberg, und bis zum Ersten Weltkrieg stellten die Russen das größte

Kontingent ausländischer Studenten in Freiberg. Anstatt diese historischen Verbindungen zu kappen, sollte das gute Ansehen Freibergs in Rußland für eine intensive Zusammenarbeit genutzt werden.

Leider zeigt sich immer mehr, daß westliche Vertreter den Wissenschaftsbetrieb nicht nur in Freiberg unterwandern und sich gegen eine Zusammenarbeit mit den natürlichen Wirtschaftspartnern Deutschlands im Osten Europas und Asiens auch aus geopolitischen Gründen stellen. So lehrt z.B. nun in Freiberg ein Studienfreund des Megaspekulanten George Soros, der im Osten nur ein Spekulationsobjekt und keinen gleichberechtigten Partner für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit sieht.

Die Kandidaten der BüSo in Sachsen

Landesliste:

1. Ralf Geisendörfer, Zwickau, Diplom-Ingenieur
2. Ronald Galle, Radebeul, Fernmeldeingenieur
3. Werner Zuse, München, Verwaltungsangestellter
4. Michael Leyerer, Görlitz, Rentner,
5. Ronny Leibelt, Dresden, Filmtheaterkaufmann
6. Jens Knauthe, Dresden, Baumaschinenschlosser
7. Jens Leitner, Radebeul, Unternehmer
8. Bernd Simon, Fraureuth, Werkzeugmacher
9. Hans-Henry Herbig, Radebeul, Diplom-Ingenieur
10. Roland Hultsch, Dresden, Baumaschinist
11. Claudia Leibelt, Dresden, Servicemitarbeiterin
12. Esther Bürkner, Höchstädt, Hausfrau
13. Bernd Kozok, Zwickau, Bühnentechniker
14. Hermann Möss, Dresden, Angestellter

Direktkandidaten:

Wahlkreis 157 Löbau-Zittau-Görlitz-Niesky: Michael Leyerer, Görlitz, Rentner

Wahlkreis 159 Sächsische Schweiz-Weißeritzkreis: Jens Knauthe, Dresden, Baumaschinenschlosser

Wahlkreis 160 Dresden I: Ronny Leibelt, Dresden, Filmtheaterkaufmann

Wahlkreis 161 Dresden II-Meißen I: Ronald Galle, Radebeul, Fernmeldeingenieur

Wahlkreis 162 Freiberg-Mittlerer Erzgebirgskreis: Werner Zuse, München, Verwaltungsangestellter

Wahlkreis 167 Zwickauer Land-Zwickau: Ralf Geisendörfer, Zwickau, Diplom-Ingenieur

Veranstaltungen mit den Kandidaten:

Tagung in Dresden

Donnerstag, 8. August 2002, 18 Uhr

„Eurasische Landbrücke statt Krieg in Eurasien“

mit einem Vertreteter des BüSo-Bundesvorstands und Parlamentariern aus Polen (angefragt) und Tschechien

(um Anmeldung wird gebeten: Tel: 0351-65633436

Fax: 0351-65633437, E-Mail: by@bueso.de)

DRESDEN

Donnerstag, 22.August 2002, 19.30 Uhr

„Klassische Kultur statt Jugendgewalt für unsere Kinder“

Donnerstag, 19. September 2002, 19:30 Uhr

„Die Weltlage vor den Bundestagswahlen“

jeweils „Ratsherrenstuben“, Pieschener Rathaus, Bürgerstr. 63.

FREIBERG

Freitag, 13. September 2002, 19.30 Uhr

„Die Weltlage vor den Bundestagswahlen“

„Ratskeller Freiberg“, Obermarkt 16.

GÖRLITZ

Dienstag, 20. August 2002, 19.00 Uhr

„Klassische Kultur statt Jugendgewalt für unsere Kinder“

Gaststätte „Haus des Handwerks“, Bahnhofstr. 26

PIRNA

Montag, 19. August 2002, 19.30 Uhr

„Klassische Kultur statt Jugendgewalt für unsere Kinder“

„Ratsherrenstuben“, Badergasse 8

ZWICKAU

Mittwoch, 21. August 2002, 19.30 Uhr

„Klassische Kultur statt Jugendgewalt für unsere Kinder“

Mittwoch, 18. September 2002, 19.30 Uhr

„Die Weltlage vor den Bundestagswahlen“

jeweils im „Uhu“, Bahnhofstr. 51

Zwischen Dresden und Leipzig wurde die *erste Fernseisenbahn Deutschlands* 1839 in Betrieb genommen, und in Dresden wurde von Johann Andreas Schubert im gleichen Jahr die *erste Lokomotive in Deutschland*, die sogenannte Saxonia gebaut.

Ein weiterer Schatz der früheren DDR, die *Friedrich-List-Hochschule*, ist heute auch nur noch in sehr reduzierter Form als Fakultät der Technischen Universität Dresden vorhanden. Gerade diese Einrichtung hätte bei der Realisierung der *Eurasischen Landbrücke* eine wichtige Rolle spielen können. Statt dessen beschäftigt man sich heute hier mit so weltbewegenden Fragen wie der Bedeutung des Nahverkehrs für den Tourismus.

Der weltweite Einsatz der *Magnet-schwebebahn Transrapid* könnte in Sachsen viele neue produktive Arbeitsplätze schaffen, da in Sachsen mit der DWA (Deutsche Waggonbau) noch eine Firma aus dem Bereich Eisenbahnbau existiert.

Gerade für das Grenzgebiet zu Polen könnte hiermit eine wirkliche Perspektive geschaffen werden. Städte wie Görlitz wurden von unseren Politikern bereits abgescriben, denen man nur noch touristische Bedeutung zugesteht. Damit wird eine ganze Region zum Aussterben verurteilt.

Nahe Dresden befindet sich das *Kernforschungszentrum Rossendorf*, wo seit 1957 ein Forschungsreaktor be-

trieben wurde. Hier war das Zentrum der Kernenergieforschung der früheren DDR. Nach dem Kollaps der Sowjetunion gab es hier Pläne, das wissenschaftliche Know-how zu nutzen, um die Kernreaktoren der früheren Sowjetunion zu modernisieren. Wären nach 1989 die Ideen eines Lyndon LaRouche oder Alfred Herrhausen umgesetzt worden, hätte Rossendorf bei der Modernisierung der Kernkraftwerke der GUS-Staaten sicher eine wichtige Rolle gespielt. Heute wirbt Rossendorf mit seiner Expertise für die Demontage von Kernenergieeinrichtungen.

In Sachsen lag historisch das *Zentrum des Maschinen- und Werkzeugmaschinenbaus* Deutschlands. Nach der Wende wurden allein im Bereich Werkzeugmaschinenbau 90% der Kapazitäten beseitigt. Dieses Potential könnte wiederbelebt werden, jedoch müssen wir eine solche Entscheidung schnell treffen, solange die nötigen Fachkräfte noch verfügbar sind.

Deshalb gibt es für jeden denkenden Sachsen bei der Bundestagswahl nur eine Wahlmöglichkeit: die *Bürgerrechtsbewegung Solidarität* (BüSo) — da nur die BüSo die Bedeutung und Wichtigkeit der brachliegenden Kapazitäten der neuen Bundesländern erkannt hat und für eine Reindustrialisierung Deutschlands steht. Alle anderen Parteien wollen den katastrophalen Kurs der Deindustrialisierung fortsetzen.

Die Bürgerrechtsbewegung Solidarität unterstützt den Inhalt dieses Extras und will für seine größtmögliche Verbreitung sorgen. Bitte helfen Sie uns dabei und schicken den Coupon ausgefüllt an
Bürgerrechtsbewegung Solidarität · Bundesgeschäftsstelle · Postfach 3366 · D-55023 Mainz · E-Mail: info@bueso.de

Bitte schicken Sie mir:
..... Ex. des Extrablatts *Ungerechtigkeit in den neuen Bundesländern überwinden...*
☐ die BüSo-Broschüre *Die Systemkrise überwinden: Ohne BüSo geht das nicht!* (5,- Euro)
☐ die Wochenzeitung *Neue Solidarität* vier Wochen kostenlos zum Kennenlernen.

Vorname, Name

Straße, Hausnr.....

PLZ, Ort

Telefon, E-Mail